



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Myanmar

2015

In den letzten drei Jahren sind zehntausende Rohingyas aus Myanmar geflohen, um Verfolgungen und massiven Menschenrechtsverletzungen zu entkommen.

2012 eskalierten im Bundesstaat Rakhine die seit Jahrzehnten schwelenden Spannungen zwischen Buddhisten und Moslems, die mehrheitlich zur Volksgruppe der Rohingyas gehören. Den Rohingyas wird in Myanmar die Staatsbürgerschaft vorenthalten, auch wenn sie in dem Land geboren sind. Aufgrund der strikten Einreisebeschränkungen nach Rakhine ist es kaum möglich, verlässliche Informationen über die Gewalttaten zu erlangen, die die Flucht der Rohingyas ausgelöst haben. Berichten zufolge waren staatliche Sicherheitskräfte entweder selber an Menschenrechtsverletzungen beteiligt oder haben sie zumindest nicht verhindert. Die Justizbehörden haben Rohingyas verhaftet, die nach eigener Aussage Zeuge von Menschenrechtsverletzungen waren und sie publik machen wollten. Amnesty erhielt Berichte über Folterungen und Misshandlungen inhaftierter Rohingyas und über Todesfälle in Haft.

Im November 2015 wies die Regierung Myanmars Empfehlungen des Menschenrechts-Ausschusses der Vereinten Nationen in Genf zur Verbesserung der Lage der Rohingyas zurück.

Die Regierung sicherte dem Menschenrechts-Ausschuss allerdings zu, die Freilassung aller politischen Gefangenen zu prüfen. Nach Informationen von Amnesty International sind zur Zeit mindestens 110 Personen wegen gewaltloser politischer Aktivitäten inhaftiert.